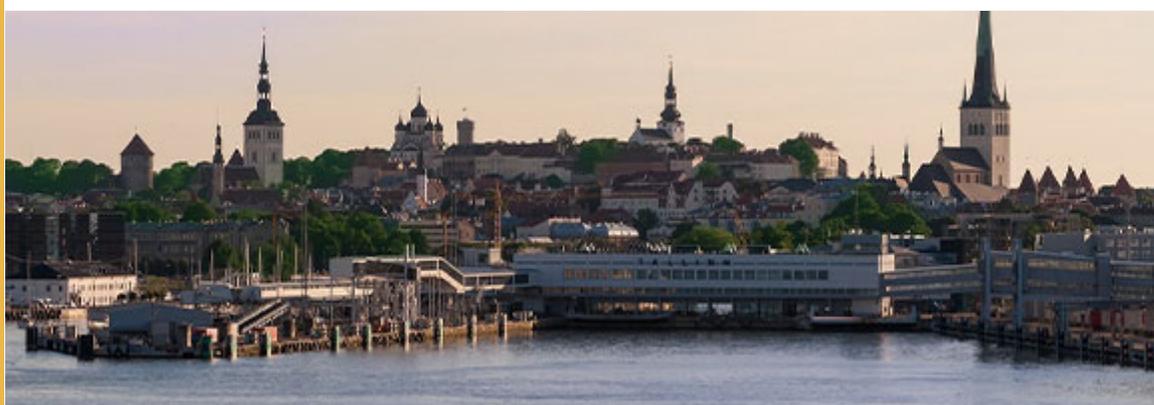


Europäische Kommunalpolitiker als Hauptakteure des ökologischen Wandels

Ferréol Delmas - 21 Nov 2023

Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Grundprinzip des europäischen Rechts und könnte im ökologischen Bereich die Speerspitze für eine bessere Umweltbewertung durch die europäischen Bürger und ein Instrument für unsere politischen Entscheidungsträger sein. Insbesondere die Bürgermeister spielen dabei eine wichtige Rolle.



[Stiftung](#) | [Kommission](#) | [Rat der Europäischen Union](#) | [Trilog](#) | [Diplomatie](#) | [Deutschland](#) | [Spanien](#) | [Finnland](#) | [Frankreich](#) | [Irland](#) | [Luxemburg](#) | [Niederlande](#) | [Schweden](#) | [Armenien](#) | [Großbritannien](#) | [Ukraine](#) | [Berichte / Studien](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ Stiftung :



Europäische Konjunkturprogramme: Zahlen und Prioritäten

Um auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie zu reagieren, hat die Europäische Union einen Konjunkturfonds in Höhe von 672,5 Mrd. EUR eingerichtet. Am 16. November genehmigte die Kommission die aktualisierten Konjunkturpakete für Deutschland, Belgien, Lettland und Zypern. Am 17. gab sie eine positive Bewertung des Zahlungsantrags Frankreichs in Höhe von 10,3 Mrd. € ab. Die Stiftung bietet Ihnen eine interaktive Karte der Pläne für jedes Land, um sich über die Beträge und Zeitpläne zu informieren. [Fortsetzung](#)

■ Kommission :



Revidierte Wirtschaftsprognosen

Die Kommission veröffentlichte am 15. November ihre Wirtschaftsprognose, in der sie für die nächsten zwei Jahre eine bescheidene wirtschaftliche Erholung ankündigte. Sie prognostiziert für die Europäische Union und die Eurozone ein BIP-Wachstum von 0,6% im Jahr 2023, was 0,2 Prozentpunkte unter der Prognose vom August liegt, und 1,3% im Jahr 2024. Die Inflation dürfte weiter zurückgehen, von 6,5% im Jahr 2023 auf 3,5% im Jahr 2024 und 2,4% im Jahr 2025. Die Arbeitslosenquote dürfte 2023 und 2024 stabil bei rund 6 % bleiben. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Zulassung von Glyphosat um 10 Jahre verlängert

Die Kommission schlug am 16. November vor, die Zulassung von Glyphosat um 10 Jahre zu verlängern, da die Mitgliedstaaten keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen die Verlängerung erreichen konnten. [Fortsetzung](#)

■ Rat der Europäischen Union :



Treffen der Verteidigungsminister

Die Verteidigungsminister diskutierten am 14. November die Konsolidierung der europäischen militärischen Unterstützung für die Ukraine und das Projekt einer europäischen schnellen Eingreiftruppe. Sie nahmen die Fortschritte bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit zur Kenntnis und billigten die erste Weltraumstrategie für die europäische Sicherheit und Verteidigung. [Fortsetzung](#)



Treffen der Minister für europäische Angelegenheiten

Am 15. November bereiteten die Minister für europäische Angelegenheiten den Europäischen Rat vom 14. und 15. Dezember vor und diskutierten über Rechtsstaatlichkeit und europäische Werte in Ungarn und Polen. Sie sprachen über mögliche Reformen der Funktionsweise der Europäischen Union, einschließlich der Wahlrechtsreform, und über die Beziehungen zu Großbritannien. [Fortsetzung](#)



Erklärung zum Thema Wohnen

Die für Wohnungsbau zuständigen Ministerinnen und Minister verabschiedeten auf ihrem Treffen am 13. und 14. November die Erklärung von Gijon, in der sie sich verpflichten, sich für Wohnraum für alle in einer nachhaltigen, gesunden und integrativen Umgebung einzusetzen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Trilog :



Abkommen über kritische Rohstoffe

Der Rat und das Parlament erzielten am 13. November eine Einigung über den Vorschlag für eine Rechtsvorschrift zur Sicherung der europäischen Versorgung mit 34 kritischen und 17 strategischen Rohstoffen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Vereinbarung über digitale öffentliche Dienstleistungen und Kurzzeitvermietung

Der Rat und das Parlament erzielten am 13. November eine Einigung über die Verordnung zur Harmonisierung des Zugangs zu digitalen öffentlichen Diensten. Am 16. November erzielten sie auch eine Einigung über die Verordnung zur Festlegung eines Rahmens für die Datenverwaltung im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Abkommen über die Verbringung von Abfällen, Umweltkriminalität und Methan

Am 17. November erzielten die Mitgliedsstaaten und das Parlament eine Einigung über die Überarbeitung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen. Am 16. November erzielten sie auch eine Einigung über einen Rechtsrahmen für Umweltkriminalität. Am 15. November erzielten sie eine Einigung über die Verordnung zur Verringerung von Methanemissionen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)

■ Diplomatie :



Treffen der Außenminister

Am 13. November sprachen die Außenminister über die globale geopolitische Lage und insbesondere über den israelisch-palästinensischen Konflikt, die Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie die russische Invasion in der Ukraine. [Fortsetzung](#)



Partnerschaftsabkommen mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks

Am 15. November unterzeichneten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten ein neues Partnerschaftsabkommen mit der Organisation der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP). Dieses "Samoa-Abkommen" tritt an die Stelle des "Cotonou-Abkommens". Es umfasst die Zusammenarbeit in Bereichen wie nachhaltige Entwicklung und Wachstum, Menschenrechte und globale Sicherheit. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Treffen mit den Vereinigten Staaten zu Fragen der Justiz und Sicherheit

Justizkommissar Didier Reynders traf am 14. November mit dem Generalstaatsanwalt und dem Sekretär für Innere Sicherheit der USA zusammen, gemeinsam mit den Ministern, die die spanische Ratspräsidentschaft und die künftige belgische Ratspräsidentschaft vertreten. Bei diesem Treffen wurde die Bedeutung der transatlantischen Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres vor dem Hintergrund der geopolitischen Instabilität, insbesondere in der Ukraine und im Nahen Osten, bekräftigt. [Fortsetzung](#)



Treffen mit den Außenministern der westlichen Balkanstaaten

Am 13. November erinnerte der Hohe Vertreter Josep Borrell bei einem interministeriellen Treffen zwischen der Europäischen Union und den westlichen Balkanstaaten daran, wie wichtig die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den Ländern der Region für die Aufrechterhaltung der politischen Stabilität auf dem europäischen Kontinent ist. Sie sprachen über die jüngsten Vorschläge der Kommission zur Erweiterungspolitik. [Fortsetzung](#)



Ursula von der Leyen und Josep Borrell im Nahen Osten

Die Präsidentin der Europäischen Kommission und der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik besuchten zwischen dem 16. und 20. November getrennt voneinander den Nahen Osten. Ursula von der Leyen traf den ägyptischen Präsidenten und den König von Jordanien. Josep Borell reiste nach Israel, in die palästinensischen Gebiete, nach Saudi-Arabien, Bahrain und Katar. Beide bekräftigten die Position der Europäischen Union bezüglich des Konflikts; den einer Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina und begrüßten die Bemühungen, humanitäre Hilfe in den Gazastreifen zu bringen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Deutschland :



Verfassungsgericht zwingt Regierung, ihren Haushalt zu überprüfen

Das deutsche Bundesverfassungsgericht erklärte am 15. November die Entscheidung der Bundesregierung, 60 Milliarden € an ungenutzten Geldern, die für die Pandemie vorgesehen waren, für grüne Initiativen und Unterstützung der Industrie umzuwidmen, für rechtswidrig. Diese Entscheidung bringt die Dreiparteienkoalition von Bundeskanzler Olaf Scholz in Schwierigkeiten, die bereits durch eine Reihe von Krisen vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Wirtschaftslage gebeutelt wurde und nun ein großes Loch in den öffentlichen Finanzen zu stopfen hat. Die laufende Haushaltsdebatte im Bundestag über den Haushalt 2024 wurde bis zum 21. November ausgesetzt. [Fortsetzung](#)

■ Spanien :



Pedro Sanchez erneut zum Regierungschef ernannt

Pedro Sanchez (PSOE), der amtierende Regierungspräsident, wurde am 17. November für eine weitere Amtszeit vereidigt, nachdem er am Vortag vom Abgeordnetenkongress die Nominierung erhalten hatte. Vier Monate nach den Wahlen vom 23. Juli erhielt er 179 Stimmen bei 171 Gegenstimmen. Diesen Sieg errang er vor allem dank der Unterstützung der katalanischen Partei Junts per Catalunya, mit der er eine Vereinbarung über eine Amnestie, bezüglich dem Unabhängigkeitsreferendum von 2017, getroffen hatte. Aus Protest gegen diese Vereinbarung fanden mehrere Demonstrationen statt, darunter eine mit über 100.000 Teilnehmern in Madrid am 18. November. Am 20. gab Sanchez die Zusammensetzung seiner Regierung bekannt, die 22 Minister umfasst, darunter 12 Frauen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)

■ Finnland :



Schließung der Hälfte der Grenzübergänge zu Russland

Finnland schloss in der Nacht vom 18. auf den 19. November vier seiner acht Grenzübergänge zu Russland. Die finnischen Behörden beschuldigten Russland, als Vergeltung für den NATO-Beitritt Finnlands Migranten illegal über die Grenzen zu schmuggeln. Die Grenzübergänge sollten bis zum 18. Februar 2024 geschlossen bleiben. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Frankreich :



Staatsbesuch des französischen Präsidenten in der Schweiz

Der französische Präsident Emmanuel Macron reiste am 15. und 16. November zu einem Staatsbesuch in die Schweiz. Er wurde vom Bundesrat und dem Präsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Alain Berset, empfangen und tauschte sich mit ihm über die bilateralen Beziehungen sowie über die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union aus. Die beiden Staatslenker sprachen über Wissenschaftsdiplomatie und tauschten sich mit Studenten der Universität Lausanne über Europa aus. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)

■ Irland :



Stromverbund mit Frankreich

Die französische Premierministerin Élisabeth Borne traf am 14. November in Irland ihren Amtskollegen Leo Varadkar. Am 13. November wurde mit dem Bau des "Celtic Interconnector" begonnen, einem Hochspannungs-Unterseekabel, das die Stromnetze der beiden Länder verbinden wird. Das Ziel ist, die Energiesicherheit zu erhöhen und dazu beizutragen, die Zahlungen zwischen den beiden Ländern zu senken. Das Projekt soll 2026 fertiggestellt und 2027 an das Stromnetz angeschlossen werden. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Luxemburg :



Neue Regierung unter der Leitung von Luc Frieden

Die aus den Parlamentswahlen vom 8. Oktober hervorgegangene Regierung trat am 17. November ihr Amt an. Am Vortag war ein Koalitionsvertrag zwischen der Christlich-Sozialen Volkspartei (CSV) und der Demokratischen Partei (DP) unterzeichnet worden. Luc Frieden (CSV) wurde Premierminister und leitet eine Regierung aus 14 Ministern, darunter fünf Frauen, die vor dem Großherzog vereidigt wurden. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)

■ Niederlande :



Umfrage vor den Parlamentswahlen

Wenige Tage vor den Parlamentswahlen am 22. November in den Niederlanden sehen die jüngsten Umfragen die Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD), des amtierenden Ministerpräsidenten Mark Rutte, bei 28 der 150 Sitze im Unterhaus, gefolgt von der Partei Neuer Gesellschaftsvertrag (NSC) mit 26 Sitzen, dann die Arbeiterpartei (PvdA) und die Grüne Linke (GroenLinks) mit 23 Sitzen und schließlich die Partei für die Freiheit (PVV) mit 19 Sitzen. [Fortsetzung](#)

■ Schweden :



Programm zum Bau neuer Kernreaktoren

Am 16. November kündigte die schwedische Regierung die Einführung eines Fahrplans für eine neue Kernenergie an. Der Bau eines neuen Kernkraftwerks mit zwei Reaktoren bis 2035 steht an erster Stelle der Ziele, ebenso wie die Ernennung eines Koordinators für Kernenergie in der Regierung. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Armenien :



Beitritt zum IStGH und IGH-Beschluss

Armenien wird als 124. Land dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) beitreten. Das Land reichte am 14. November offiziell seinen Beitrittsantrag ein und wird am 1. Februar 2024 offizielles Mitglied werden. Darüber hinaus ordnete der Internationale Gerichtshof am 17. November an, dass Aserbaidschan eine "sichere" Rückkehr der Armenier aus Bergkarabach ermöglichen muss. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Großbritannien :



Einspruch des Obersten Gerichtshofs gegen die Abschiebung von Migranten nach Ruanda

Am 15. November lehnte der Oberste Gerichtshof dGroßbritanniens den umstrittenen Vorschlag der Regierung von Rishi Sunak ab, Asylsuchende, die illegal nach Großbritannien gekommen waren, nach Ruanda abzuschieben. Das Vorhaben wurde abgelehnt, da das Land nicht als sicher gilt. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Ein unabhängiges Schottland zurück in der Europäischen Union

In einem Bericht mit dem Titel "An independent Scotland in the European Union" mit einem Vorwort von Außenminister Angus Robertson behauptet die regierende schottische Unabhängigkeitspartei (SNP), dass die Unabhängigkeit Schottlands der einzig realistische Weg für das Land sei, um die mit der Europäischen Union verbundenen Vorteile wieder zu erlangen, darunter den Zugang zum Binnenmarkt, die Gemeinsame Agrarpolitik oder das Austauschprogramm Erasmus+. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Ukraine :



Schadensregisterrat für die Ukraine

Am 16. November wählte das Schadensregister für die Ukraine, ein Organ zur Erfassung von Entschädigungsansprüchen nach der russischen Aggression in der Ukraine, seinen Rat. Der Rat wird für die Organisation der Arbeit zuständig sein und endgültige Entscheidungen über die eingereichten Entschädigungsanträge treffen. Ziel ist es, dass das Register im ersten Quartal 2024 mit der Entgegennahme von Entschädigungsansprüchen beginnen kann, um einen internationalen Mechanismus zur Entschädigung der Opfer des Angriffs in Gang zu setzen. [Fortsetzung](#)



Wirtschaftliche Zusammenarbeit am Schwarzen Meer

Die 62. Versammlung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum (PABSEC) fand vom 15. bis 17. November in Kiew statt. Die Vertreter der Staaten der Region diskutierten über Themen wie territoriale Integrität, Souveränität, Ernährungssicherheit und freie Schifffahrt. [Fortsetzung](#)



Besuch von David Cameron und Pierre Heilbronn in Kiew

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj empfing am 16. November den britischen Außenminister David Cameron, der am 17. November auch Moldawien besuchte. Am 19. November traf der französische Sondergesandte für Hilfe und Wiederaufbau in der Ukraine, Pierre Heilbronn, mit dem Leiter der ukrainischen Präsidentschaftsverwaltung, Andriy Yermak, zu Gesprächen über die französische Unterstützung in den Bereichen Infrastruktur, Energie, Technologie und Transport zusammen. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Berichte / Studien :



Bericht über die Handelspolitik der Union

In einem Bericht über die Handelspolitik der Europäischen Union, der am 15. November veröffentlicht wurde, berichtet die Kommission, dass der Wert des Handels im Rahmen von Freihandelsabkommen im Jahr 2022 zum ersten Mal 2 Billionen Euro überschritten hat. Der Jahresbericht zeigt, dass der Handel mit Ländern, die ein Freihandelsabkommen mit der EU haben, im Jahr 2022 um 30% gestiegen ist und dass die Abkommen positive Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Bericht über den Drogenmarkt in Europa

In einem am 16. November veröffentlichten Bericht warnen die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht und Europol vor einer Zunahme der Stärke und Vielfalt der in Europa konsumierten Cannabisprodukte. Cannabis bleibt die Droge mit dem größten Markt, mit einer Rekordmenge an Beschlagnahmungen im Jahr 2021, und die Zusammenarbeit zwischen kriminellen Netzwerken stellt die europäischen Polizeibehörden vor große Sicherheitsherausforderungen. [Fortsetzung](#)



Bericht über die dänische Migrationspolitik

In einem am 16. November veröffentlichten Bericht äußerte die Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatovic, ihre Besorgnis über die Ausrichtung der dänischen Migrationspolitik, die sich auf vorübergehenden Schutz und die Auslagerung des Asylverfahrens in Drittländer konzentriert. Sie befürwortet eine Neuausrichtung der Asylpolitik auf Schutz und Integration, insbesondere durch Maßnahmen zur Wahrung der Rechte von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Menschen mit Behinderungen. [Fortsetzung](#)

■ Kultur :



Eröffnung von Michelangelos Geheimraum in Florenz

Der 1975 entdeckte Geheimraum des Florentiner Künstlers Michelangelo wird bis zum 30. März 2024 vorübergehend der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Diese Premiere ermöglicht den Besuchern den Zugang zu einem versteckten Raum im Inneren der Medici-Kapelle in Florenz, durch das Museum. An den Wänden des unterirdischen Raums befinden sich Kohlestiftskizzen, die von einigen Experten dem Renaissancekünstler zugeschrieben werden. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Holbein und die Renaissance des Nordens in Frankfurt

Das Städel Museum in Frankfurt zeigt bis zum 18. Februar 2024 eine Ausstellung mit dem Titel "Holbein und die nördliche Renaissance". Die Ausstellung beleuchtet den Einfluss der Maler der nordischen Renaissance, wie Hans Holbein der Ältere und Albrecht Dürer, und liefert einen Schlüssel zum Verständnis des kometenhaften Aufstiegs dieser Kunstbewegung in Nordeuropa im 16. Jahrhundert. [Fortsetzung](#)



Picasso die große Transformation

Bis zum 4. März 2024 findet die Ausstellung "Picasso 1906 - The Turning Point" im Museum Reina Sofía in Madrid statt. Die Ausstellung zeichnet den ersten Beitrag des Malers Pablo Picasso zur Definition der "modernen Kunst" nach. [Fortsetzung](#)



Die Bukoliken in Warschau

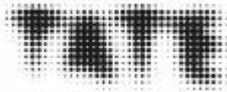
Bis zum 17. März 2024 widmet das Nationalmuseum in Warschau eine Ausstellung dem Mythos von Arkadien, der aus den "Bukoliken" des lateinischen Dichters Vergil stammt. Die Ausstellung zeigt die vielfältigen europäischen künstlerischen Interpretationen von Arkadien, einer idealen Welt, in der Freiheit, Glück, unveränderliche Ordnung und ewige Jugend herrschen. [Fortsetzung](#)



**BERGAMO
BRESCIA**
Capitale Italiana
della Cultura

Yayoi Kusama in Bergamo

Bis zum 24. März 2024 stellt der Palazzo della Ragione in Bergamo die zeitgenössische japanische Künstlerin Yayoi Kusama mit einer Ausstellung unter dem Titel "Infinito Presente" ins Rampenlicht. [Fortsetzung](#)



Frauen in Revolte in London

Bis zum 7. April 2024 zeigt die Tate Britain "Women in revolt!", eine Ausstellung mit Werken von über 100 britischen Frauen. Die Ausstellung ist vor dem Hintergrund der Frauenbefreiungsbewegung der 1970er und 1980er Jahre in Großbritannien zu sehen und beleuchtet die Kreativität der Frauen in ihrem feministischen Kampf. [Fortsetzung](#)



Glaz Festival in Rennes

Das Glaz Festival findet bis zum 7. Januar 2024 in Rennes statt und steht unter dem Motto "Notfälle". Dieses Fotofestival ist um verschiedene Ausstellungen und Konferenzen herum aufgebaut und bringt sowohl weltbekannte als auch aufstrebende Künstler zusammen. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :



20. bis 23. November 2023

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (Straßburg)



20. November 2023

Rat des Europäischen Wirtschaftsraums (Brüssel)



21. November 2023

Rat Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung) (Brüssel)



22. November 2023

 23. bis 24. November 2023

Gipfeltreffen EU-Kanada (St. John's)

 23. bis 24. November 2023

Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport (Brüssel)

 23. bis 24. November 2023

Treffen der für Gleichstellung zuständigen Ministerinnen und Minister (Pamplona)

 27. November 2023

Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Brüssel)



Der Buchstabe n°1045

PDF
auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 21. November 2023

↓ **Ich lade
runter**

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;

Louis Brand, Mila Shay, Romane Wanner,

Loup Panteix, Dayna Osafo, Carole-Louise

Ashby

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur:

Eric Maurice

Publikationschef:

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}